

**Interpellation SP-GRÜNE-GLP-Fraktion:
«Auswirkungen der US-Zollpolitik im Kanton St.Gallen»**

Rund ein Drittel aller Arbeitsplätze im Kanton St.Gallen entfällt auf die Industrie. Tausende Stellen sind dadurch direkt oder indirekt von der aktuellen Entwicklung der US-Zollpolitik betroffen. Viele Unternehmen exportieren bis zu 90 Prozent ihrer Produkte ins Ausland. Besonders unter Druck steht die Maschinen-, Metall- und Elektroindustrie, die im Kanton St.Gallen traditionell stark verankert ist und bereits seit Jahren mit massivem internationalem Kostendruck zu kämpfen hat.

Das schwierige Markt- und Wettbewerbsumfeld belastet die Unternehmen im Kanton St.Gallen bereits seit geraumer Zeit. Die jüngsten Entwicklungen in der US-Zollpolitik haben diese Situation zusätzlich verschärft. So hat etwa die Rheintaler Firma Leica Geosystems AG im August einen Stellenabbau angekündigt. Auch andere Unternehmen im Kanton stehen vor ähnlichen Überlegungen, was auf eine besorgniserregende Entwicklung hindeutet. Zahlreiche Existenzen hängen direkt von der Produktion und dem Export ab – entsprechend gross ist die Verunsicherung unter den Arbeitnehmenden.

Im Sinne einer aktiven Industriepolitik muss nun alles darangesetzt werden, dass die wirtschaftliche Basis und die Arbeitsplätze in der Region gesichert werden können.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche kurz- und mittelfristigen Auswirkungen erwartet die Regierung für die Wirtschaft des Kantons St.Gallen? Wie beurteilt sie die aktuelle Lage insbesondere im Hinblick auf den Erhalt von Arbeitsplätzen?
2. Welche Massnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um das gegenseitige Verständnis und den Dialog zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu fördern und dadurch die Schaffung sowie den Erhalt von attraktiven Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen gerade in diesen unsicheren Zeiten sicherzustellen?
3. Gibt das Standortförderungsgesetz (sGS 573.0) der Regierung Möglichkeiten zur Unterstützung von betroffenen Firmen (Art. 1 Bst. b und Art. 7)? Wenn ja, welche?
4. Kann der Kanton den Unternehmen Beratungsleistungen (z.B. über S-GE/Schweizer Organisation für Exportförderung) zur Verfügung stellen, welche Arbeitsplätze erhalten und die Zolllast reduzieren?
5. Welche Möglichkeiten für unmittelbare und rasche Massnahmen sieht die Regierung und wurden bereits entsprechende Sofortmassnahmen geprüft oder ergriffen?»